

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network  
**[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)**

**newsletter 31 / 21. 09. 2002**

**INHALT**

**Kurzinfo (mit URL), AKWs , Chemikalien: Altpestizide, Diuron, Feinstaub, Emissionshandel Gen-Mais, Klima, Klimawechsel-Kindergesundheit  
Medizin: Nanowirkstoffe, Frauengesundheit , Recht: Umwelt, SG , Versicherungen: Berufsunfaehigkeit  
Politik: Bundestag, Behoerden: bgvv-Acrylamid, UBA-Kosten des Verkehrs fuer die Kommunen-neue HP zur Luftqualitaet**

=====

**KURZINFO (mit URL)**

**Neue Homepage:** <http://people.freenet.de/Gegen-Gift/IndexGegen-gift.html>

**Deutsche Qualm-Statistik: Täglich 386 Millionen Zigaretten**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=9&d=18&id=85917>

**Dunstglocke Elternhaus: Jedes zweite Kind im Raucherhaushalt**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=9&d=9&id=85398>

**Baden-Württemberg: Nichtraucherchutz auf dem Vormarsch**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=9&d=9&id=85401>

**Deutsche und internationale Umweltpreise des Jahres 2002 auf einen Blick.**

<http://www.umweltpreise.de>

**Lebensmittel: Kontrollen in Deutschland sind unzureichend**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=9&d=10&id=85481>

**Plötzlicher Kindstod: Nikotin möglicherweise Auslöser**

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2002&m=9&d=11&id=85542>

**Euro fördert Allergien** <http://www.presseportal.de>

**Euro setzt zu viel Nickel frei.** Problematisch für Nickelallergiker: Ein- und Zwei-Euro-Münzen setzen über 300fach mehr Nickel frei als die "European Union Nickel Directive" empfiehlt, die die Verwendung von Nickel in Produkten limitiert. <http://www.aerztezeitung.de/>

**Künast startet Internetportal für Ökolandbau** Genau ein Jahr nach der Einführung des staatlichen Bio-Siegels hat Bundesverbraucherministerin Renate Künast das Ökolandbau-Internetportal gestartet. Hersteller und Verbraucher können sich jetzt erstmals per Mausclick umfassend über den ökologischen Landbau informieren.

**Unzufriedene Patienten: 40 000 Beschwerden über Ärzte im Jahr** <http://www.netdokter.de/>

**Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz 87.**

**BSE-Fall in Bayern bestätigt**

**Medizin: Wie die Pharmaindustrie neue Krankheiten erfindet.** Durch

Aufklärungskampagnen werden Allerweltsleiden immer häufiger zu bedrohlichen Krankheiten aufgebaut - zum Wohle der Pharmaindustrie. <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,druck-212247,00.html>

**Drohendes Comeback der Atomkraft / Weltweit 42 AKWs in Bau und 142 weitere geplant**

<http://www.presseportal.de>

**Umweltverbände erteilen Renaissance der Atomenergie strikte Absage / Erneuerbare**

Energien sind Grundlage einer nachhaltigen Energieversorgung <http://www.presseportal.de/>

**Johannesburg-Gipfel 2002 / Frustration bei Nachhaltigkeitsgipfel - WORLD VISION**

besorgt <http://www.presseportal.de>

**Hochwasser-Schlämme in Sachsen erheblich mit Schwermetallen belastet / Greenpeace**

legt Ergebnisse der Untersuchungen vor <http://www.presseportal.de>

**Klaus Töpfer fordert Beibehaltung des Dosenpfands und "Glaubwürdigkeit staatlicher**

**Umweltpolitik"** <http://www.presseportal.de/>

**28.08,2002: - Elektronische Unterschrift ist jetzt gueltig** Berlin. Seit heute ist auch die sogenannte elektronische Unterschrift gueltig. Das heisst, Steuererklarungen koennen jetzt zum Beispiel vollstaendig online abgegeben werden.

**"Öko-Test": Schnurlostelefone permanente Strahlungsquelle Belastung stellt Mobilfunk-Sendemasten in den Schatten <http://www.presstext.de/>**

=====

**AKTIV**

Von PAN-Germany: **Helfen Sie mit, Paraquat vom Markt zu verbannen!**

Verlangen Sie mit einer Protest-E-Mail an den Verwaltungsratspräsidenten des Agrokonzerns Syngenta den Produktionsstopp des umstrittenen Herbizids Paraquat.

Die Kampagne „Stopp Paraquat“ fordert von Syngenta den Produktionsstopp des hochgiftigen und gesundheitsschädlichen Pestizids. Sie wird getragen von Nichtregierungsorganisationen aus der ganzen Welt, darunter den Regionalzentren des internationalen PAN.

Das Total-Herbizid Paraquat, welches sämtliches Unkraut tilgt, wird von Syngenta unter dem Markennamen Gramoxone in über hundert Ländern verkauft. Es kommt beim Anbau von Bananen, Kakao, Kaffee, Baumwolle, Palmöl, Ananas, Kautschuk und Zuckerrohr ausgiebig zur Anwendung, sowohl auf Plantagen als auch auf Feldern von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Paraquat wird wegen seiner gesundheitsschädigenden Wirkung auf die Anwenderinnen und Anwender seit den 60er Jahren stark kritisiert. Arbeiterinnen, Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern, die regelmäßig mit dem Herbizid Paraquat in Kontakt kommen, haben mit ernsthaften Gesundheitsproblemen zu kämpfen. Die hohe Toxizität von Paraquat, zu dem kein Gegenmittel existiert, führt immer wieder zu Todesfällen.

Neben den negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, wird auch die Anreicherung von Paraquat im Boden befürchtet. Studien weisen zudem auf die negativen Auswirkungen von Paraquat auf Säugetiere, Vögel, Fische und Amphibien hin.

Syngentas neue Paraquatfabrik in China zeigt, dass die Firma auch in Zukunft auf dieses veraltete und gefährliche Pestizid setzen möchte und die Konzernleitung alle Warnungen und Einwände in den Wind schlägt.

Eine internationale Koalition von NGOs hat sich deshalb das Ziel gesetzt, den Druck auf Syngenta solange zu erhöhen, bis sie das Produkt vom Markt nimmt. Mit ihrer Protest-E-Mail an Heinz Imhof, dem Präsidenten des Verwaltungsrates von Syngenta, helfen Sie uns dabei.

Verlangen Sie vom Verwaltungsratspräsidenten des Agrokonzerns Syngenta den Produktionsstopp des umstrittenen Herbizids Paraquat.

Herzlichen Dank für ihre Unterstützung, i.A. Alexandra Baier (Projekt Koordination), Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. [info@pangermany.org](mailto:info@pangermany.org)

=====

**AKWs**

Hamburg (ots) - Für Deutschland zeichnet sich statt Ausstieg ein Ausflagen der Atomkraft in Staaten mit niedrigem Sicherheitsstandard ab

Die Atomenergie steht womöglich vor einem weltweiten Comeback. Wie das Greenpeace Magazin für seine neueste Ausgabe ermittelte, sind insgesamt 42 Atomkraftwerke im Bau und weitere 142 in verschiedenen Stufen der Planung. Etliche der 438 AKWs, die derzeit auf dem ganzen Globus in Betrieb sind, blieben zudem länger am Netz als ursprünglich vorgesehen. Dadurch wachse die Gefahr einer nuklearen Katastrophe. Beispielsweise würde sich nach Angaben des Greenpeace Magazins die

Menge hochradioaktiven Atommülls bis 2020 auf 500.000 Tonnen verdoppeln. Aus diesen Abfällen, deren Strahlung über Hunderttausende von Jahren für Menschen tödlich ist, ließe sich genug Plutonium für 500.000 Atombomben gewinnen.

Als Motive für eine mögliche nukleare Renaissance nennt das Greenpeace Magazin nationales Prestige, das vor allem in Asien eine Rolle spiele, wo derzeit die meisten AKWs entstünden, sowie strategische Erwägungen. Die so genannte friedliche Nutzung der Atomenergie erleichtere ambitionierten Staaten den Aufstieg zur militärischen Nuklearmacht. Die USA wiederum setzten auf den Ausbau der Atomkraft, um die Abhängigkeit vom Öl aus den Krisenregionen des Nahen Ostens zu verringern. Rein wirtschaftlich rechneten sich neue AKWs dagegen nicht, sagte der britische Experte Antony Frogatt dem Greenpeace Magazin. Moderne Gaskraftwerke gleicher Leistung ließen sich in einem Drittel der Zeit und zu einem Viertel der Kosten bauen.

Über die gesamte Laufzeit betrachtet, sei Gas um zwölf, Kohle immer noch um sechs Prozent billiger als Atom. Um staatliche Subventionen für neue AKWs zu rechtfertigen, schiebe die Atom-Lobby das Argument Klimaschutz in den Vordergrund, obwohl es ökonomisch wie ökologisch klüger sei, die erneuerbaren Energien zu fördern.

Der Greenpeace-Energieexperte Roland Hipp hält es für möglich, dass in Deutschland der Atomstrom-Anteil steigt, selbst wenn hier gar keine neuen AKWs entstünden. Die Strategie

der Energiekonzerne ziele längerfristig darauf ab, AKWs in Osteuropa zu nutzen, wo Sicherheitskontrollen laxer, der Widerstand in der Bevölkerung geringer und die Lohnkosten niedriger seien. Von dort werde der Atomstrom dann in die westlichen Verbraucherländer exportiert. "Statt Ausstieg droht uns also ein Ausflaggen der Atomkraft in Staaten mit niedrigerem Sicherheitsstandard", sagte Hipp dem Greenpeace Magazin. Angesichts der drohenden nuklearen Renaissance hat das Greenpeace Magazin den 70er-Jahre-Aufkleber "Atomkraft? Nein danke!" vom Hamburger Design-Büro Mutabor neu gestalten lassen. Der runderneuerte Klassiker der Anti-AKW-Bewegung kann unter 040/30618-213 oder [www.greenpeace-magazin.de](http://www.greenpeace-magazin.de) bestellt werden. ots Originaltext: GREENPEACE MAGAZIN, URL steht nicht mehr zur Verfügung.

=====

#### **CHEMIKALIEN - ALTPESTIZIDE**

20. 09. 2002: Industrie hilft bei Entsorgung von Altpestiziden

Frankfurt am Main (ots) - Die großen Hersteller von Pflanzenschutzmitteln engagieren sich seit Jahren bei der Entsorgung überalterter Bestände solcher Produkte, die sich vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern aufgebaut haben. Das teilt der Industrieverband Agrar in Frankfurt mit. "Innerhalb des letzten Jahrzehnts wurden im Rahmen von freiwilligen Maßnahmen der Industrie mehr als 3000 Tonnen von Altprodukten sicher entsorgt", erklärt Annik Dollacker vom Expertenteam des Welt Pflanzenschutzverbands CropLife International. Allein in Brasilien wurden rund 1200 Tonnen überlagerter Bestände in einer gemeinsamen Initiative von Regierung und Industrie umweltverträglich beseitigt. Zahlreiche Entsorgungsprojekte in anderen Ländern werden ebenfalls in Kooperation mit den dortigen Behörden sowie internationalen Geberorganisationen durchgeführt. In diesen Tagen befasst sich auch eine FAO-Konferenz in Rom mit dieser Frage.

"Auch in Zukunft können betroffene Regierungen mit unserer Unterstützung rechnen, wenn die überlagerten Produkte von CropLife-Mitgliedern geliefert wurden und definitiv nicht mehr einsetzbar sind", so Dollacker. Der Herkunftsnachweis ist wichtig, weil die Entsorgung kostspielig ist und ein erheblicher Teil der Lagerbestände von Produzenten stammt, die nicht Mitglied des

Verbandes sind. Unabhängig davon sind die führenden Pflanzenschutz-Unternehmen bereit, bei allen Entsorgungsaktionen technische Unterstützung zu leisten und ihr know how zur Verfügung zu stellen.

Überlagerte Bestände von Pflanzenschutzmitteln gehen häufig auf Schenkungen im Rahmen der Entwicklungshilfe zurück. Sie entstanden vor allem in Ländern, in denen die Beschaffung planwirtschaftlich durch zentrale Behörden erfolgte, ohne den tatsächlichen Bedarf der Landwirte zu berücksichtigen. "Hauptanliegen von CropLife ist es, künftig von vornherein zu vermeiden, dass überlagerte Bestände entstehen", so Dollacker. "Unsere Mitgliedsunternehmen sind bereit,

Geber und Regierungen bei der Ermittlung des Bedarfs an Pflanzenschutzmitteln zu unterstützen und sie später beim Management der Läger zu beraten."

Hintergrundinformationen dazu unter [www.iva.de/Presse](http://www.iva.de/Presse) .

Der Industrieverband Agrar mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern

der 50 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

ots Originaltext: Industrieverband Agrar e. V., URL steht nicht mehr zur Verfügung

Kommentar Scherrmann: Durch die Informationen von PAN-Germany and PANNA (Pesticide Action Network North America) erfahre ich immer wieder, was da alles noch vor sich "hinduempelt". Ich denke, vorrangiges Ziel der CrokeLife-Kampagne ist, neuere Pestizide zu verkaufen. Dies sind aber haeufig auch aeltere, solche, die z. B. in der EU nicht mehr zugelassen sind.

=====

#### **CHEMIKALIEN - DIURON**

Von Pan-Germany: Hamburg, 11.09.2002

#### **Gefährliches Unkrautvernichtungsmittel Diuron nicht kontrollierbar**

Das Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) begründet in einer Stellungnahme zur geplanten Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung, warum das

gewässergefährdende und hormonell verdächtige Totalherbizid Diuron nicht nur in der Anwendung beschränkt, sondern verboten werden muss.

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) plant, die weit verbreitete illegale Anwendung diuron-haltiger Unkrautvernichtungsmittel durch die Einführung einer Rezeptpflicht bzw. einer Abgabebeschränkung zu stoppen. Diese Rezeptpflicht soll aber nur für den Einsatz auf sog. Nichtkulturflächen, wie z.B. Straßenrändern, gelten. Demgegenüber soll der freie Verkauf desselben Präparates für die gärtnerische oder landwirtschaftliche Nutzung erhalten bleiben.

PAN Germany bezweifelt in seiner Stellungnahme zum Entwurf zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung, dass eine effektive Missbrauchsbekämpfung über diesen Weg möglich ist, obgleich das neue gesetzliche Instrumentarium der Rezeptpflicht grundsätzlich begrüßt wird.

Das Herbizid Diuron ist einer der bedeutendsten Pestizid-Kontaminanten von Grundwasser und Oberflächengewässern. Diuron zählt zu den 33 prioritären Stoffen der EU-Wasserrahmenrichtlinie und führt zu erheblichen Kosten bei der Trinkwasseraufbereitung. Nach Angaben des Umweltbundesamtes besteht ein begründeter Verdacht, dass Diuron auf das Hormonsystem von Menschen und Tieren einwirkt. Aufgrund dieser hohen Umwelt- und Gesundheitsrisiken sowie einer Vielzahl nicht-chemischer Alternativen muss, so PAN Germany, dieser „Dinosaurier“ unter den Pestiziden endlich verboten werden.

Die Stellungnahme kann auf der PAN Germany Homepage unter dem URL [www.pan-germany.org/stellung.htm](http://www.pan-germany.org/stellung.htm) als PDF-Datei heruntergeladen werden.

=====

## **CHEMIKALIEN - EMISSIONSHANDEL**

20. 09. 2002: Aktuelle Umfrageergebnisse aus der Wirtschaft/ Zwiespältige

### **Erwartungen an den kommenden Emissionshandel**

Stuttgart (ots) - Der Handel mit Treibhausgas-Emissionen rückt auch für Deutschland näher, doch die Unternehmen in Baden-Württemberg sind in ihrer Einschätzung der Konsequenzen gespalten - und haben

Angst vor einer Monopolisierung des Marktes für Emissionszertifikate.

Dies sind die ersten Ergebnisse einer Umfrage unter 12 großen und mittelständischen Unternehmen, die im Rahmen eines Forschungsprojektes des Lehrstuhls für Angewandte Geographie der Universität Tübingen mit Unterstützung der DEKRA Umwelt GmbH durchgeführt wurde. Dabei gaben die befragten Unternehmen an, der Handel mit Emissionszertifikaten biete durchaus Gewinnchancen. Mehrheitlich sehen sie nicht die Gefahr von erheblichen Arbeitsplatzverlusten. Andererseits schlossen sie nicht aus, dass Standortverlagerungen für sie erforderlich werden könnten. Deutlich zeigte sich, dass die Unternehmen Angst vor einer Monopolisierung des Zertifikatemarktes bzw. vor einer Beeinflussung der Zertifikatpreise durch besonders finanzstarke Marktteilnehmer haben. Die gesamte Auswertung der Umfrage wird voraussichtlich im November 2002 abgeschlossen sein.

Der Handel mit Treibhausgasen - oder besser gesagt mit Emissionsrechten für solche Gase wie z.B. CO<sub>2</sub> - ist ein zentrales Element der flexiblen Mechanismen zum Klimaschutz, wie sie 1997 im Kyoto-Protokoll vereinbart wurden. Das Prinzip des Emissionshandels ist einfach: Unternehmen erhalten eine bestimmte Menge von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten zugeteilt. Emittieren sie weniger als diese Menge, können sie die übrigen Zertifikate verkaufen; bei höheren Emissionen müssen sie Zertifikate zukaufen, damit keine Strafgebühren fällig werden. Dies bietet Unternehmen größere wirtschaftliche Freiheiten im Gegensatz zu allgemeinen Grenzwerten, denn so können Anlagen, für die eine Umrüstung nicht mehr rentabel ist, unter Zukauf von Zertifikaten noch bis zum Ende der Abschreibungsfrist betrieben werden. Im Gegenzug amortisieren sich Investitionen in CO<sub>2</sub>-sparende Technologien schneller, denn ein Teil der eingesparten Zertifikate kann verkauft werden.

Das Kyoto-Protokoll tritt jedoch nur in Kraft, wenn es von mindestens 55 Staaten unterzeichnet wird, und dabei mindestens 55 % der globalen Treibhausgasemissionen erfasst werden. Jüngster Unterzeichnerstaat ist Polen, das seine Ratifizierungsurkunde beim Weltgipfel in Johannesburg überreicht hat. Auch die Staaten der EU haben das Protokoll bereits ratifiziert, dem Europäischen Parlament in Straßburg liegt bereits ein Entwurf der Kommission über die Einführung eines Handelssystems vor, über den jetzt - nach dem Ende des Weltgipfels - beraten werden soll.

Die Industrie ist in ihrer Haltung zum Emissionshandel gespalten: Auf der einen Seite lehnen der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) sowie der Verband der chemischen Industrie (VCI) den

europäischen Entwurf, der eine verpflichtende Einführung des Emissionshandels vorsieht, strikt ab. Auf der anderen Seite befürwortet die Initiative e-mission 55, der mittlerweile 196 Unternehmen angehören, eine rasche Einführung des Zertifikatehandels.

Zu den 75 Unterzeichnern in Deutschland gehören zum einen so namhafte Unternehmen wie AEG, Telekom, Metro und Gerling. Andererseits finden sich hier auch viele mittelständische Unternehmen, die sich von der Einführung des Emissionshandels wirtschaftliche Vorteile versprechen.

Aber nicht nur die Anbieter neuer Technologien werden von einem verpflichtenden System des Emissionshandels profitieren. In vielen Betrieben liegen noch ungenutzte Potenziale zur Einsparung fossiler Energieträger. Eine Identifikation dieser Punkte bietet dem Betrieb doppelte Vorteile: Zum einen werden Energiekosten gespart. Zum anderen können diese CO<sub>2</sub>-Einsparungen verkauft werden, wenn sie zertifiziert, d.h. von einem unabhängigen Gutachter wie z.B. der DEKRA Umwelt bestätigt worden sind.

Emissionshandel in Europa schon üblich

In einigen Ländern der EU wie z.B. Großbritannien oder Dänemark findet der Handel bereits statt. 2005 soll dann, nach den Vorstellungen der EU-Kommission, ein europaweiter Handel starten. Auch in Deutschland wird bereits fleißig mit Emissionseinsparungen gehandelt. So werden z.B. in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein Unternehmen in Planspielen auf den Emissionshandel vorbereitet. Und in Hessen und Hamburg finden Wettbewerbe statt, in denen die Unternehmen, die die preisgünstigsten Emissionsreduzierungen anbieten, Abnahmegarantien für diese Emissionsreduktionszertifikate erhalten. Wer denkt, die Einführung des Emissionshandels liege noch

in weiter Ferne, der täuscht sich über die reale Marktsituation.

Originaltext: DEKRA Umwelt GmbH Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> Weitere Informationen: DEKRA Umwelt

=====

## **CHEMIKALIEN - FEINSTAUB**

Ärzte Zeitung, 19.09.2002 **Ultrafeiner Staub schädigt Lunge mehr als gedacht**

2,5 Mikrometer-Teilchen hemmen Immunabwehr in den Bronchien / Quellen sind Dieselruß, Heizöl und Reifenabrieb

STOCKHOLM (nsi). Staub in der Luft kann Atemwegserkrankungen hervorrufen oder verschlimmern. Bislang galt die Aufmerksamkeit dabei Teilchen mit einem Durchmesser von etwa zehn Mikrometern. Neuen Daten zufolge sind die größten Übeltäter aber die maximal 2,5 Mikrometer großen Teilchen, etwa aus Dieselruß, Heizöl und Reifenabrieb.

Die Daten sind jetzt beim Jahreskongreß der European Respiratory Society in Stockholm präsentiert worden. Sie belegen: Die kleinen Partikel verstärken die Symptome von Asthmatikern, schwächen die Fähigkeit alveolärer Makrophagen, die Atemwege von Mikroben oder Staub zu befreien, und sie reduzieren die Menge antioxidativ wirkender Biomoleküle in der Bronchialschleimhaut.

Partikel, die nur 2,5 Mikrometer groß sind (PM 2,5), schädigen die Atemwege in geringeren Konzentrationen als zehn Mikrometer große Teilchen (PM 10).

Dr. Bertil Forsberg von der Universität Umea in Schweden hat 24 Asthmatiker zehn Wochen lang ein standardisiertes Beschwerdetagebuch führen lassen. Darin mußten sie unter anderem angeben, wie häufig ihre Akutbeschwerden so stark waren, daß sie kurz wirksame Beta-Mimetika brauchten. Forsberg und seine Kollegen fanden bereits eine statistisch signifikante Korrelation starker Akutbeschwerden mit Staub in der Umwelt, wenn die Konzentrationen von PM 2,5 drei bis 18 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft betragen.

Vergleichbare Mengen von PM 10 waren nicht mit Asthma korreliert. "Es sind die sehr kleinen Partikel, die unseren Patienten zu schaffen machen", so Forsberg.

Dr. Margot Lundberg aus Stockholm hat herausgefunden, daß alveoläre Makrophagen gesunder Probanden Mikroben und Silikatpartikel schlechter phagozytierten, wenn sie zuvor mit PM- 2,5-Kohlepartikeln Kontakt gehabt hatten. Ihr Schluß: Länger andauernde PM-2,5-Exposition könnte das Infektions-Risiko erhöhen .

Nach den Erkenntnissen einer Arbeitsgruppe um Professor Frank Kelly aus London senken kleine Staubpartikel die Menge von Ascorbat und reduziertem Glutathion in der Bronchialmukosa. Diese Antioxidantien aber beugen Zellschäden vor.

Die Mengen von PM 2,5 in der Luft variieren stark von Stadt zu Stadt, aber auch innerhalb einer Stadt in Abhängigkeit von Jahreszeit und Verkehr. Die jahres- und tageszeitliche Variabilität berücksichtigten Dr. Marianne Hazenkamp und Nino Künzli aus Basel und fanden die höchsten Konzentrationen an PM 2,5 in norditalienischen Großstädten wie Turin und

Verona und die geringsten Mengen auf Island und in Schweden. Deutschland liegt im Mittelfeld. Möglicherweise werden die routinemäßigen Bestimmungen von PM 10 künftig durch Messungen von PM 2,5 abgelöst, hieß es in Stockholm.

<http://www.aerztezeitung.de>

## GEN-MAIS

Gen-Mais der Firma Syngenta außer Kontrolle / Greenpeace deckt illegale Felder mit genmanipuliertem Mais in Hessen auf  
Frankfurt a. M./Wölfersheim (ots) - Illegaler Gen-Mais wächst nach neuen Recherchen von Greenpeace auf mindestens drei Feldern in Wölfersheim (Wetteraukreis/Hessen). Der Gen-Mais Bt-176 des Saatgut-Konzerns Syngenta darf wegen Sicherheitsbedenken nach geltendem Recht nur in Verbindung mit begleitender Forschung angebaut werden. Syngenta und das zuständige Regierungspräsidium Gießen wussten jedoch nichts über die genmanipulierten Maisfelder, begleitende Forschung fand nicht statt. Insbesondere Syngenta versäumte zu kontrollieren, wo ihre Gen-Saat angebaut wurde. Damit sind die Felder illegal. Ende Juli spürte Greenpeace erstmals in der Region einen heimlichen und illegalen Acker mit Syngenta-Mais auf.

"Die Gen-Industrie versagt bei der Kontrolle ihrer Gen-Pflanzen", sagt Henning Strodthoff, Gentechnik-Experte von Greenpeace. "Sie schert sich nicht einmal um gesetzliche Auflagen und wälzt das Risiko auf Landwirte, Verbraucher und die Umwelt ab. Die illegalen Äcker zeigen erneut, dass Gen-Saatgut grundsätzlich nicht angebaut werden darf. Syngenta muss jetzt dafür sorgen, dass der Gen-Mais unschädlich gemacht wird und der Landwirt nicht auf dem Schaden sitzen bleibt."

Die Gen-Saat auf den hessischen Äckern ist Teil der 50 Tonnen Gen-Saatgut, die das Bundessortenamt (BSA) in Hannover zum Anbau in Deutschland zuließ. Der Gen-Mais Bt-176, der in Wölfersheim wächst,

stammt vermutlich aus Restbeständen des Saatgutes von letztem Jahr. Bislang hat Syngenta nicht dafür gesorgt, die Bestände kontrolliert zu beseitigen. Erst nach dem letzten Skandal Ende Juli begann

Syngenta, altes Saatgut zurückzurufen. Das Regierungspräsidium leitete inzwischen ein Verfahren gegen die Firma ein.

"Der Konzern Syngenta vernachlässigt seine Pflichten sträflich. Der illegale Gen-Mais breitet sich unkontrolliert aus und gelangt in Tierfutter und eventuell sogar in Lebensmittel", sagt Strodthoff. "Obwohl die große Mehrheit der Verbraucher und Landwirte keine Gentechnik auf dem Acker und in Lebensmitteln will, wird sie ihnen von der Gen-Industrie fahrlässig untergeschoben."

Der Mais Bt-176 bildet durch Genveränderung ein Insektengift, das jedoch nicht nur unerwünschte Insekten wie den Maiszünsler tötet, sondern zum Beispiel auch die Raupen von Schmetterlingsarten

gefährdet. Zudem enthält der Bt-Mais ein Gen, das ihn gegen Antibiotika widerstandsfähig macht. Über Tierfutter und Lebensmittel kommen Antibiotika-Resistenzgene im Darm in Kontakt mit Krankheitserregern, die ebenfalls immun gegen Antibiotika werden können. Ärzte warnen davor, dass die Behandlung von Patienten immer schwieriger wird, da die Antibiotika durch die zunehmende Resistenzen wirkungslos werden.

ots Originaltext: Greenpeace Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de>.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an die Gentechnik-Experten Henning Strodthoff, Tel. 0171-8780 822, und Ulrike Brendel, Tel. 0171-8780 844 bzw. Tel. 040-30618-255. Internet:

[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

----

Und am selben Tag folgende Nachricht. <http://www.presseportal.de>

### **Bt-Mais in der Wetterau ist amtlich zugelassen / Keine Gefahr für den Verbraucher / Syngenta überprüft formale Vorgänge**

Maintal (ots) - Das Unternehmen Syngenta betont, dass der Bt-Mais 176, der in der Nähe von Wölfersheim, Wetterau, angeblich illegal angebaut wird, offiziell für Nahrungs- und Futtermittelzwecke zugelassen ist. Dieser Mais ist auf seine gesundheitliche Unbedenklichkeit geprüft, der Anbau für die Jahre 2001 und 2002 grundsätzlich genehmigt. Schon vor der abschließenden Bewertung durch die Behörden scheint klar: Der betroffene Landwirt hat für das Jahr 2001 vorgesehene Saatgut in diesem Jahr ausgesät, ohne darüber zu informieren.

"Warum dieser Mais nur deshalb gefährlich sein soll, weil sich die Jahreszahl auf dem Kalenderblatt geändert hat, erschließt sich uns nicht ganz", so Dr. Hans-Theo Jachmann, Geschäftsführer der Syngenta Deutschland GmbH. Um ähnliche Fälle in Zukunft zu

vermeiden, hat das Unternehmen begonnen, noch vorhandenes Restsaatgut zurückzunehmen.

Syngenta betont, dass die kritisierte fehlende Begleitforschung zum Praxis Anbau nicht wegen bestehender Sicherheitsbedenken vorgeschrieben sei. Begleitende Forschung und Beobachtung findet vielmehr statt, um Erkenntnisse für Anbau und Fütterung in der Praxis zu gewinnen. Der Vorwurf, dass die fehlende Begleitforschung ein Sicherheitsrisiko bedeute, ist deshalb nicht folgerichtig.

Dennoch nimmt das Unternehmen die Diskussion ernst und wird Vorschläge zur Verbesserung der bisher nicht eindeutig geregelten Prozesse unterbreiten und im Einvernehmen mit den Behörden umsetzen. "Konstruktiven Vorschlägen stehen wir in diesem Zusammenhang offen gegenüber", so Jachmann weiter. Niemand wolle dem Verbraucher irgendetwas unterschieben. Der Fall Wölfersheim zeigt einmal mehr, dass es an der Zeit ist, in Deutschland eine klare Position für oder gegen die Grüne Gentechnik zu beziehen.

Technologische Innovationen können ihre Potenziale nur unter berechenbaren Rahmenbedingungen wirklich entfalten. Das Spannungsfeld, in dem sich heute die deutsche Landwirtschaft und insbesondere die Grüne Gentechnik bewegt, verursacht einen auf Dauer nicht zu bewältigenden Spagat zwischen einer "Null-Risiko-Mentalität" und wissenschaftlichen bzw. ökonomischen Fakten. Die Zunahme an Regulierungsmaßnahmen erschwert zusehends die landwirtschaftliche Produktion, ohne die Verbrauchersicherheit zu erhöhen.

ots Originaltext: Syngenta Agro GmbH Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> (URL steht nicht mehr zur Verfügung) .

Kommentar Scherrmann: Es sind immer diesselben Formulierungen: u. a. "Keine Gefahr für den Verbraucher" (1) ... "verursacht einen auf Dauer nicht zu bewältigenden Spagat zwischen einer "Null-Risiko-Mentalität" (2) und wissenschaftlichen (2) bzw. ökonomischen (3) Fakten. Die Zunahme an Regulierungsmaßnahmen erschwert zusehends die landwirtschaftliche Produktion (4), ohne die Verbrauchersicherheit zu erhöhen. (5)"

zu 1) Es gibt keinen Nachweis, dass dies der Fall ist.

zu 2) Das Schlagwort "Null-Risiko-Mentalitaet" erinnert an "no fun, no risk" und an "Null-Bock-Mentalitaet". Menschen, die mehr wissen wollen, Verantwortungsbewusstsein haben, werden unerschwerlich diffamiert.

zu 3) Gerade vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, ist es alles andere als eindeutig. Vieles deutet darauf, dass die Risiken nicht kalkulierbar sind.

zu 4) Fuer Monsanto & Co. oekonomischer, nicht aber fuer die einzelnen Landwirte, und nicht fuer die VerbraucherInnen, nicht fuer einzelne Laender. In immer mehr Laendern wird generell auf gen-verändertes Saatgut verzichtet.

zu 5) Beleg fehlt.

=====

## **KLIMA**

### **Von GERMANWATCH: BASF Klimasünder des Monats / Chemieriese blockiert Klimaschutzregulierung in Europa**

Bonn (ots) - Die BASF ist heute zum Klimasünder des Monats September ernannt worden. Seit August 2002 zeichnet GERMANWATCH mit diesem Titel Unternehmen, Länder oder Einzelpersonen aus, die den Klimaschutz in Europa massgeblich blockieren. "Die BASF hat den Widerstand der deutschen Industrie gegen den europaweiten Emissionshandel fast im Alleingang organisiert," begründet Christoph Bals, Leiter der Klimaschutz-Abteilung bei GERMANWATCH, die Wahl des Chemieriesen. "Der Emissionshandel ist ein grundlegendes Instrument, um die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen wie sie im Kyoto-Protokoll festgehalten sind." so Bals weiter. "Ohne ein europaweites Emissionshandelsregime wird es Europa schwer haben, seine Ziele umzusetzen. Wenn statt des Emissionshandels jetzt eine Selbstverpflichtung der Branche zum Klimaschutz in Kraft tritt, werden dadurch Trittbrettfahrer belohnt und nicht die Vorreiter im Klimaschutz."

Nach Angaben von GERMANWATCH hat die BASF bis zu ihrem Austritt Anfang des Jahres monatelang die Arbeit der deutschen Arbeitsgemeinschaft Emissionshandel blockiert. Der Konzern habe den Verband der Chemischen Industrie (VCI) gegen den Protest anderer Chemieunternehmen als Instrument gegen den Emissionshandel eingesetzt. Ebenso habe der Multi den Widerstand gegen den Emissionshandel im BDI organisiert. Durch persönliche Vorsprache im Wirtschaftsministerium, im Kanzleramt wie auch in Brüssel habe die BASF systematisch versucht, die Klimaschutzpolitik hinsichtlich des Emissionshandels negativ zu beeinflussen. So stünde dieses Auftreten im Widerspruch zu den positiven Ansätzen, die die BASF in Teilen der Produktentwicklung sowie in der Nachhaltigkeitsberichterstattung zeige.

Im Dow Jones Sustainability Index rangiert die BASF derzeit als Nachhaltigkeits-Leader. Beim Klimaschutz jedoch versuche der Konzern, so GERMANWATCH, rechtlich verbindliche Reduktionsziele für die großen CO2-Erzeuger abzublocken. "Zeit zu handeln". Damit hat sich die BASF im Vorfeld des Gipfels für nachhaltige Entwicklung in Großanzeigen beworben. Gleichzeitig hat sie gehandelt - gegen eine notwendige Rahmensetzung für den Klimaschutz in Europa", resümiert Bals das Ergebnis seiner Beobachtungen.  
ots Originaltext: GERMANWATCH, Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de>

---

## **KLIMAWECHSEL**

### **Klimawechsel birgt gesundheitliche Risiken insbesondere für Kinder / Kinderärzte warnen vor Anstieg von umweltbedingten Gesundheitsgefährdungen**

Berlin (ots) - Die aktuellen Flutkatastrophen nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit sind ein deutlicher Ausdruck der globalen Umweltveränderungen. Die weiteren Folgen einer zukünftigen Klimaveränderung sind allerdings nicht gleich auf den ersten Blick zu erkennen. Das Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt fordert im Interesse der jüngsten Generation verstärkte Anstrengungen zum Klimaschutz, denn Kinder sind auch in Deutschland besonders gefährdet:

- durch die Fluten treten weltweit Infektionserreger verstärkt auf, mit hohem Krankheits- und Sterblichkeitsrisiko insbesondere für Kinder,
- durch die langfristigen Temperaturerhöhungen werden sich z.B. in Europa die Risikogebiete für die Lyme-Borreliose, eine durch Zecken übertragene schwere Infektionskrankheit, weiter ausbreiten. Die Rückkehr der Malaria nach Europa ist aufgrund der globalen Erwärmung denkbar. Kinder sind eine besondere Risikogruppe für diese Krankheiten.
- der umweltbedingte weitere Anstieg der UV Strahlung erhöht das Risiko an Hautkrebs zu erkranken und führt zu veränderten Immunreaktionen, wodurch insbesondere die jüngste Generation gefährdet ist,
- die globale Erwärmung führt zu einer Zunahme des Pollenfluges in Mitteleuropa, sowohl hinsichtlich der zeitlichen Dauer, als auch der Intensität. Damit stehen potentielle Auslöser für atopische Erkrankungen, wie Asthma bronchiale und Heuschnupfen, im Kindesalter länger und intensiver zur Verfügung.

Generell können die Kinderärzte in Deutschland feststellen, dass sich das Krankheitsspektrum von Kindern in den letzten zwei Jahrzehnten auffallend verändert hat. Während früher auch bei uns die klassischen Infektionskrankheiten die Hauptrolle spielten, treten jetzt vermehrt umweltbezogene Erkrankungen in den Vordergrund. Es handelt sich dabei meistens um Systemerkrankungen z.B. des Psycho-Neuro-Immunsystems, die häufig mehrere Ursachen sowie Auslöser haben.

So tragen Veränderungen des Lebensstils und der Umwelt zur eindeutig gesicherten Zunahme von Adipositas, Asthma, Allergien und Diabetes mellitus bei. Lärm, Bewegungsmangel, Unfälle, Verletzungen, Passivrauchbelastung und Genussgifte gefährden zusätzlich die Gesundheit der Kinder. Jetzt drohen durch die vorausgesagten Klimaveränderungen weitere Risiken.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Jahrestagung der Gesellschaft für Pädiatrische Allergologie und Umweltmedizin (GPA) am 30./31.8.02 in Berlin wird Frau Dr. med. Bettina Menne ([www.who.it](http://www.who.it)) am 31.8. ab 9.15 Uhr über Klimawechsel und Kindergesundheit referieren. Frau Dr. Menne leitet das Programm "Globaler Wechsel und Gesundheit" (Global Change and Health) beim Europäischen Zentrum für Umwelt und Gesundheit der WHO (European Centre for Environment and Health - ECEH) in Rom und ist eine weltweit anerkannte Expertin zum Thema Klimawandel und Gesundheit.

Veranstalter der Pressekonferenz ist das Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt ([www.netzwerk-kindergesundheit.de](http://www.netzwerk-kindergesundheit.de)), zu dem sich eine breite Koalition von Kinder- und Jugendorganisationen, Umweltverbänden, Eltern-Kind-Vereinigungen und umweltmedizinischen Gesellschaften zusammengeschlossen haben. Das Netzwerk fordert ein konsequent-präventives und damit enkeltaugliches Handeln für jede Kinder- und Jugendgeneration. Mit dem Begriff "Enkeltauglichkeit" soll der Begriff der "Nachhaltigkeit" plastisch und begreifbar werden. In der Kinderagenda für Gesundheit und Umwelt ([www.kinder-agenda.de](http://www.kinder-agenda.de)) hat das Netzwerk seine konkreten politischen Forderungen dokumentiert.

ots Originaltext: Ökologischer Ärztenbund,

Weitere Informationen: Erik Petersen, Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt, c/o Ökologischer Ärztenbund, Fedelhöfen 88, 28203 Bremen, Tel. 0421/498 42 51, Fax: 0421/498



=====

## MEDIZIN - NANOWIRKSTOFFE

### 4. 09. 2002 Vernebelung von Insulin zu Mini-Tröpfchen erhöht Wirksamkeit

London (dpa) - Wird Insulin zu feinsten Tröpfchen zerstäubt, erhöht sich die Wirksamkeit des Hormons. Über entsprechende Ergebnisse von Tierversuchen berichtet das britische Wissenschaftsmagazin «New Scientist» (Nr. 2359, S. 19) in seiner Ausgabe vom kommenden Samstag.

Demnach hat ein australisches Forscherteam von der Deakin University bei Melbourne nachgewiesen, dass Ratten nur ein Drittel der ursprünglichen Menge an Insulin verabreicht werden muss, wenn das Hormon in Form winziger Tröpfchen von weniger als 100 Nanometern Durchmesser aufgenommen wird. Ein Nanometer ist ein millionstel Millimeter. Die unter anderem von einem Forscherteam um Neil Foster von der University of New South Wales entwickelte Vernebelungstechnik hat noch einen weiteren positiven Effekt: Während die Wirkung normaler Insulin-Injektionen bereits nach 30 Minuten nachlässt, ist der Nano-Wirkstoff auch nach 60 Minuten noch aktiv. Diabetiker müssten mit dem neuen Medikament nicht mehr fünf Mal, sondern nur noch zwei oder drei Mal täglich zur Spritze greifen. Warum der Nano-Nebel besser wirkt als herkömmliche Präparate, konnten die Forscher noch nicht klären. Getestet wird die Zerstäubung zu Nano-Partikeln nun aber auch bei anderen Wirkstoffen. Schätzungen von Wissenschaftlern zufolge werden derzeit noch rund die Hälfte aller Medikamente in einer vom Körper schwer aufnehmbaren Form verabreicht. Zu winzigen Partikeln vernebelte Wirkstoffe könnten künftig viele Impfungen zu Gunsten von Pflastern oder inhalierbarer Sprays unnötig machen.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-212458,00.html>

Kommentar Scherrmann: Dies ist interessant. Wir bekommen hier eine Erklärung geliefert, dass der Körper auf inhalede Substanzen im Nanobereich durchaus reagieren kann. Diese Erkenntnis wird hier natuerlich positiv bewertet, bei Menschen mit Chemikalienintoleranz jedoch als Einbildung abgetan.

=====

## MEDIZIN-FRAUENGESUNDHEIT

### Gesundheitswesen ist oft nicht frauengerecht.

Osnabrück (dpa) - Frauen werden in der medizinischen Versorgung in ihren geschlechtsspezifischen Bedürfnissen nicht genügend berücksichtigt. Diese Ansicht vertrat Gisela Fischer, Professorin der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) im Rahmen der 15. Tagung des Netzwerkes Frauen, Mädchen und Gesundheit Niedersachsen in Osnabrück. Besonders die psycho-sozialen Hintergründe würden bei Untersuchungen vernachlässigt. Oft komme es zu Fehlversorgungen bei Erkrankungen wie Brustkrebs und Depressionen. Individuelle Lebenssituationen wie Berufstätigkeit, Zahl und Alter eventueller Kinder sowie die psychische Verfassung der Patientin müssten in die ärztlichen Untersuchungen miteinbezogen werden, forderte Fischer.

Bei der Tagung unter dem Motto «Gesundheitsberichte machen Geschichte. Wie Berichte und Gutachten Anregungen für die Arbeit vor Ort geben können» wurden zudem Möglichkeiten zur Verbesserung der Frauengesundheit und Prävention vorgestellt. Mit runden Tischen zur Gewaltprävention und Gesundheitsförderung in Schulen könne die Gesundheit der Mädchen und Frauen in den Kommunen mehr in den Vordergrund gestellt werden, sagte eine Mitorganisatorin.

© dpa - Meldung vom 28.08.2002

=====

## RECHT - UMWELT

19.09.2002 Das **Umweltauditgesetz** (UAG) war zuletzt mit dem Gesetz zur Änderung des Umweltauditgesetzes vom 16. August 2002 geändert worden. Am 10. September 2002 erfolgte nunmehr die Bekanntmachung der Neufassung im Bundesgesetzblatt. Die ausführenden Verordnungen zum UAG sind ebenfalls geändert worden. Die neue UAG-Gebührenverordnung vom 4. September 2002 und die Zweite Änderungsverordnung zur UAG-Zulassungsverfahrenverordnung vom 6. September 2002 sind am 11. September 2002 in Kraft getreten.

Durch das 7. Gesetz zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes vom 11. September 2002 wird die EG-Richtlinie über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität

umgesetzt und der Fünfte Teil des BImSchG ergänzt; die bisherigen Regelungen zur Luftreinhalteplanung wurden inhaltlich und redaktionell an die neu eingefügten Vorschriften angepasst.

Ebenfalls mit dem 11. September 2002 wurde die Verordnung über Immissionswerte für Schadstoffe in der Luft (22. BImSchV) novelliert. Die Novelle enthält wesentliche Neuerungen:

- Verschärfung der geltenden Immissionsgrenzwerte bzw. die Einführung von Grenzwerten für weitere Stoffe, mit denen besondere Gesundheitsgefahren verbunden sind, wie z.B. feine Partikel und Benzol (Umsetzung der EG-Luftqualitätsrichtlinien).

- Die Grenzwerte werden z.T. nach einer Übergangsfrist ab 2005 bzw. 2010 gelten. Zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren bei kurzfristiger Exposition werden für die Schadstoffe Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid Alarmschwellen festgelegt.

- Verschärfung der Anforderung an die Messung und Überwachung der Luftschadstoffe und Festlegungen für eine umfassende und aktuelle Information der Öffentlichkeit.

12.09.2002 Am 6. September tritt eine neue **Lärmschutzverordnung** in Kraft.

Die 32. BImSchV (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung) setzt die europäische Richtlinie (2000/14/EG) in deutsches Recht um.

Die Verordnung gilt für 57 unterschiedliche Geräte- und Maschinenarten, von Baumaschinen bis Rasenmähern. Sie enthält Regelungen, die den Gebrauch der Maschinen und Geräte in bestimmten empfindlichen Bereichen einschränken, etwa in Wohngebieten, an Sonn- und Feiertagen sowie während der Abend- und Nachtzeiten. Mit dem Inkrafttreten der 32.

BImSchV werden neben zahlreichen Verwaltungsvorschriften auch die 8. BImSchV (Rasenmäherlärm-Verordnung) und die 15. BImSchV (Baumaschinenlärm-Verordnung) aufgehoben.

06.09.2002 Das Dritte Gesetz zur Änderung verfahrensrechtlicher Vorschriften vom 21.08.2002 ergänzt zahlreiche Gesetze und Verordnungen u.a. aus dem **Umweltrecht durch Regelungen zu Art, Umfang und Zulässigkeit elektronischer Kommunikation:**

AtG, AtZÜV, BBergG, BImSchG, KrW-/AbfG, LuftVG, PflSchMV, PflBeschV und SeeAufG. Das Gesetz tritt zum 01.02.2003 in Kraft. Die geänderten Vorschriften werden zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens in der Umweltrechtsdatenbank bereitgestellt.

Neu sind zwei Verordnungen mit Regelungen zur elektromagnetischen Verträglichkeit (EMV) elektrotechnischer Geräte (Funkanlagen und Telekommunikation). Die TRGS 201 und 220 liegen in überarbeiteter Fassung vor.

30.08.2002: Das Bundeskabinett hat am 19.06.2002 die Verordnung über die **Entsorgung von Altholz** beschlossen. Die Verordnung legt nähere Anforderungen an die stoffliche und energetische Verwertung sowie an die Beseitigung von Altholz auf der Grundlage des Kreislauf- wirtschaf- und Abfallgesetzes fest und tritt am 01. März 2003 in Kraft.

Mit dem Zweiten Gesetz zur **Änderung des Gentechnikgesetzes** vom 16. August 2002 wird die Richtlinie 98/81/EG des Rates vom 26. Oktober 1998 zur Änderung der Richtlinie 90/219/EWG über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen umgesetzt.

Durch die Verabschiedung der Novelle des **Wasserhaushaltsgesetzes** konnte die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in nationales Recht abgeschlossen werden.

**Volltexte und Fundstellen zu umweltrelevantem Bundesrecht** finden Sie in UMWELTonline im Bereich URA i.d.R. vor Erscheinen der Printversion des Bundesgesetzblattes. <http://www.umweltdigital.de>

URA enthält alle neuen Vorschriften sowie alle im gewählten Zeitraum geänderten Vorschriften auf dem neusten Stand., Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin

<http://www.erich-schmidt-verlag.de>

=====

## RECHT - SG

von Uwe Wendler: in V/SB-Info wurden drei weitere Urteile eingestellt:

SG Düsseldorf, Urteil vom 11.07.2002 - S 36 SB 132/01:: Ein **insulinpflichtiger Diabetes mellitus** (alleinige Insulinbehandlung - Typ II) bedingt nach den "Anhaltspunkten" - nach wie vor - einen GdB von 40. Die gegenteilige Auffassung (GdB 30) des Sachverständigenbeirats beim BMA (Sitzung vom November 2001) ist nicht geeignet, zu einer Änderung der in den "Anhaltspunkten" bekannt gegebenen Vorgaben zu führen. Dazu gibt es dann noch eine kurze - eigene - Anmerkung.

LSG NRW, Beschluss vom 01.07.2002 - L 10 V 40/01:: *Ein Anspruch auf Entschädigungsleistungen setzt einen rechtswirksamen Antrag voraus.* Die Überlegungsfrist des § 60 Abs. 1 Satz 2 BVG 2 von einem Jahr verlängert sich nur wenn der Beschädigte ohne sein Verschulden an der Antragstellung verhindert war. Eine Verhinderung kommt nur bei

Umständen in Betracht, die von dem Beschädigten unbeeinflussbar waren. Die Versäumung der Frist muss auch bei Anwendung der gebotenen Sorgfalt unvermeidbar gewesen sein (s. auch LSG NRW, Urteil vom 03.07.2001 - L 6 VG 19/99 -).

LSG NRW, Urteil vom 08.05.2002 - L 10 V 46/98:: **Die Anerkennung einer psychischen Erkrankung (posttraumatischen Belastungsstörungen)** als Schädigungsfolge setzt voraus, dass die tatsächlichen Voraussetzungen nachgewiesen sind, die sich aus den Vorgaben der "Anhaltspunkte" Nr. 71 und den diese ergänzenden Ausführungen des ärztlichen Sachverständigenbeirats beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vom 12./13.11.1997 zu Punkt 1.1 - die im Wesentlichen die von der Weltgesundheitsorganisation zusammengestellten ICD 10 (International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems; 10. Revision) zusammenfassen - ergeben.

=====

## **VERSICHERUNGEN**

### **Risiko Berufsunfähigkeit: Großer Teil der Berufstätigen trifft keine Vorkehrungen**

Wiesbaden (ots) - Obwohl der Gesetzgeber für die nach dem 1. Januar 1961 Geborenen die staatliche Berufsunfähigkeitsversicherung abgeschafft hat, besitzen mehr als 40 Prozent der Berufstätigen unter 40 Jahren noch keine Berufsunfähigkeitsversicherung und planen auch keinen Abschluss. Besonders hoch ist dieser Anteil bei Frauen (48 %) und Arbeitern (50 %). Häufigste Gründe für die Ablehnung einer Berufsunfähigkeitsversicherung: Entweder können sich die Befragten eine Versicherung zurzeit nicht leisten oder sie schätzen das Risiko, berufsunfähig zu werden als "äußerst gering" ein. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Finanzdienstleisters Delta Lloyd in Zusammenarbeit mit dem Finanzforschungsinstitut NFO Infratest.

Auch wenn jeder Dritte Berufstätige unter 40 Jahre bereits eine private Berufsunfähigkeitsversicherung abgeschlossen hat und weitere 25 Prozent einen Abschluss planen, ist die Zahl derer, die keine Vorkehrungen für eine mögliche Berufsunfähigkeit treffen wollen, mit über 40 Prozent erschreckend hoch. Dabei wird das Risiko oft unterschätzt: Über 35 Prozent der Befragten halten die Gefahr, berufsunfähig zu werden, für sehr gering und knapp zwölf Prozent würden sich mit dem Geld, das sie in diesem Falle vom Staat bekommen würden, zufrieden geben. Was dieser Personenkreis offenbar nicht weiß: Vom Staat gibt es bei Berufsunfähigkeit gar kein Geld mehr.

Jeder Dritte, vor allem Frauen, Arbeiter und kinderreiche Familien gaben an, sich eine Berufsunfähigkeitsversicherung zurzeit nicht leisten zu können. Erstaunliche 25 Prozent der Befragten würden im Falle einer Berufsunfähigkeit zur Not auch einen anderen niedriger qualifizierten Job ausüben. Immerhin knapp zehn Prozent sind grundsätzlich skeptisch gegenüber Versicherungen und bezweifeln, dass diese im Erstfall zahlen würde.

Hinweis: Eine Infografik zu dieser Umfrage finden Sie unter [www.presseportal.de](http://www.presseportal.de) -

Querverweis: Grafiken werden über ogs versandt und sind abrufbar unter:

<http://www.presseportal.de> Nähere Informationen zur Delta Lloyd Gruppe finden Sie unter [www.deltalloyd.de](http://www.deltalloyd.de)

ots Originaltext: Delta Lloyd Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de>

URL steht nicht mehr zur Verfügung. , Pressekontakt:

Kommentar Scherrmann: Dazu moechte ich mal wieder auf folgendes Buch aufmerksam

machen: Angela Vogel, Und ich dachte, ich waere versichert. Ein Ratgeber fuer

Berufserkrankte (und Arbeitsunfallopfer), AbeKRa Verlag, siehe auch [www.abekra.de](http://www.abekra.de)

=====

## **POLITIK - BUNDESTAG**

20. 09. 2002: /Antwort **337 676 Menschen in Deutschland von der**

**Hochwasserkatastrophe geschädigt** Berlin: (hib/WOL) Von den Schäden der Hochwasserkatastrophe sind nach Angaben der Bundesländer insgesamt 337 676 Personen betroffen, erklärt die Bundesregierung in der Antwort (14/9973) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU (14/9913). Die geschätzte Schadenssumme belaufe sich in Sachsen nach Angaben des dortigen Innenministeriums auf 16,5 Milliarden Euro.

Dabei werden die Schäden an der öffentlichen Infrastruktur mit 5,5 bis 7,5 Milliarden Euro angegeben, die Gewerbeschäden mit circa 4 Milliarden und der Verlust an privatem

Vermögen mit vier bis fünf Milliarden Euro. Von Sachsen-Anhalt würden die Schäden auf fünf bis acht Milliarden Euro geschätzt, davon 1,5 bis 2,5 Milliarden Euro Gewerbeschäden.

Bayern schätze die Schäden auf 500 Millionen bis 1,5 Milliarden Euro, während Brandenburg etwa 260 Millionen Euro angegeben Niedersachsen habe eine Schadenssumme von 300

Millionen Euro gemeldet und Thüringen einen Betrag von 70 Millionen Euro veranschlagt. Aus Schleswig-Holstein lägen der Regierung noch keine Angaben vor.

Auch die Meldungen der Bundesländer über betroffene Unternehmen und Gewerbebetriebe stehen laut Antwort größtenteils noch aus. Während das bayerische Innenministerium 923 geschädigte Gewerbebetriebe gemeldet habe, gebe es über die Situation in Sachsen und Sachsen-Anhalt bislang lediglich Pressemeldungen, wonach in Sachsen 10 800 und in Sachsen-Anhalt rund 4000 Unternehmen betroffen seien.

Die Regierung verweist darauf, dass in diesem Zusammenhang auch noch keine Angaben über Arbeitslosigkeit auf Grund hochwasserbedingter Betriebsaufgaben vorlägen. Nach den bis Ende August bei den Arbeitsämtern eingegangenen Anzeigen über hochwasserbedingte Arbeitsausfälle seien in Folge des Hochwassers allerdings 46 200 Arbeitnehmer betroffen. Mit dem "Arbeitsmarktprogramm Hochwasserhilfe" zur Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit trage die Bundesregierung hier erheblich dazu bei, dass vom Hochwasser unmittelbar betroffene Betriebe keine Entlassungen vornehmen müssten.

20. 09. 2002: Entwicklungszusammenarbeit/Antwort

### **Deutschland unterstützt Ecuador beim Aufbau einer Ölpipeline-Überwachung**

Berlin: (hib/WOL) Die Bundesregierung wird auf Wunsch der ecuadorianischen Regierung die Überwachungskapazitäten für eine Erdölpipeline durch ein Engagement des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) personell und finanziell unterstützen, erklärt sie in ihrer Antwort (14/9975) auf eine Kleine Anfrage der PDS (14/9922).

Die Unterstützung gelte dem Aufbau einer Überwachungskommission im ecuadorianischen Umweltministerium, das in den Bau der Pipeline bisher "fachlich nur marginal eingebunden" gewesen sei.

Zu Angaben der Fraktion, wonach die neue Ölpipeline durch 94 stark erdbebengefährdete Gebiete und sieben Umweltschutzgebiete gehe sowie an sechs aktiven Vulkane entlang führe, stellt die Bundesregierung klar, dass es sich bei dem Bau der Pipeline um ein Projekt der ecuadorianischen Regierung handelt. Deutschland sei in den Bau der Ölpipeline "nicht involviert".

Dagegen messe die ecuadorianische Regierung dem Projekt große volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Begründet werde dies mit erwarteten Steuereinnahmen von circa jährlich 450 Millionen US-Dollar sowie der Schaffung von 7000 direkten und circa 50 000 indirekten Arbeitsplätzen. Es gibt keinen Anlass, an dieser Einschätzung und an den genannten Zahlen zu zweifeln, heißt es.

Berlin:Do, 05.09.2002 Gesundheit/Unterrichtung

### **Gesundheitspolitik stärker an Zielen orientieren**

Berlin: (hib/VOM) Eine stärkere Orientierung an gesundheitlichen Zielen im deutschen Gesundheitswesen ist nach Ansicht des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) auf Grund der ineffizienten Mittelverwendung und begrenzter Finanzmittel zwingend erforderlich. Dies stellt das BMG in seiner Stellungnahme zum Gutachten des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen mit dem Titel "Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit" (14/9885) fest. Deutschland schneide bei der Lebenserwartung im Vergleich der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unterdurchschnittlich ab.

Demgegenüber lägen die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben hinter den USA und der Schweiz innerhalb der OECD an dritter Stelle. Das deutsche Gesundheitswesen liege bei der Zielerreichung im Mittelfeld, bei den Ausgaben aber in der Spitzengruppe.

Mit der Initiative des BMG zur Entwicklung von Gesundheitszielen sei bereits ein wichtiger Schritt getan worden, um die Empfehlungen des Sachverständigenrates umzusetzen, heißt es in der Stellungnahme. Dennoch stießen die Einflussmöglichkeiten des Gesundheitswesens auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung an Grenzen.

Studien zeigten, dass nur zwischen 10 und 40 Prozent der Lebenserwartung durch das Gesundheitswesen im engeren Sinne beeinflussbar sind. Die vom Sachverständigenrat geforderte Stärkung der Prävention werde besonders am Beispiel bestimmter Herzkrankheiten, des Schlaganfalls und der chronischen Lungenerkrankungen deutlich. Das BMG stellt fest, dass erstmals seit Bestehen des Sachverständigenrates ein Gutachten so deutlich darauf abzielte, die Schwachstellen des Gesundheitswesens und der Versorgung aufzudecken.

Der Rat habe Strukturprobleme zu Tage gefördert, die zeigten, dass in den vergangenen 20 bis 30 Jahren Fehlentwicklungen "schleichend um sich greifen" konnten, die so rasch wie möglich beseitigt werden müssten.

Bei den chronischen Erkrankungen würden diese Defizite deutlicher als in anderen Bereichen, weil hier der Bedarf an einer auf die Bedürfnisse der Patienten ausgerichteten Versorgung besonders hoch sei.

Dass es trotz der aufgedeckten Mängel nicht zu bedenklichen Problemlagen gekommen sei, führt das Ministerium darauf zurück, dass das deutsche Gesundheitswesen über eine gute Ausstattung mit Ärzten, Pflegekräften, Krankenhäusern, Rehabilitationskliniken, Pflegeeinrichtungen sowie medizinisch-technischen Geräten verfügt.

Auch die Tatsache, dass alle Bürger gleichen Zutritt zu einem umfassenden Leistungskatalog mit sämtlichen notwendigen gesundheitlichen Versorgungsmöglichkeiten hätten, mindere die ungünstigen Wirkungen der Defizite.

Indirekt bestätigte der Sachverständigenrat, dass die seit Beginn der Wahlperiode vorgenommenen Reformschritte der Bundesregierung die notwendige Neuorientierung schon eingeleitet und zum Teil umgesetzt hätten.

Kernelemente seien eine Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung, der Qualitätsorientierung, eine Neugestaltung der Wettbewerbsordnung und des Risikostrukturausgleichs, eine Änderung des Vergütungssystem im großen Versorgungsbereich des Krankenhauses und eine langfristige Stärkung der Finanzierungsgrundlagen.

=====

### **bgvv - Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin** **30. August 2002 Acrylamid in Lebensmitteln: Ein ernstzunehmendes gesundheitliches Risiko**

Erste erfolgversprechende Ansätze zur Senkung der Gehalte sind vorhanden Als ernstzunehmendes gesundheitliches Risiko bezeichnete der Toxikologe Dr. Josef Schlatter die Acrylamidbelastung von Lebensmitteln. "Auch wenn der Verbraucher mit diesem Risiko möglicherweise seit Jahrzehnten gelebt hat", so Schlatter auf einer Informationsveranstaltung des BgVV, müsse man die Gehalte zum Schutz des Verbrauchers schnellstmöglich reduzieren.

An der Veranstaltung unter dem Titel "Acrylamid - ernstes Problem oder überschätzte Gefahr", die am 29. August 2002 in Berlin stattfand, nahmen mehr als 200 in- und ausländische Vertreter aus Politik, Behörden, Verbraucherschutzinstitutionen, Wissenschaft und Industrie teil. Aus den Beiträgen wurde deutlich, dass die Lösung des Problems sicherlich noch einige Zeit beanspruchen wird, dass es aber schon heute eine Reihe erfolgversprechender Ansätze gibt, mit denen sich die Acrylamidgehalte in der Zwischenzeit sukzessive verringern lassen.

Der Stoff Acrylamid war im April dieses Jahres in die Diskussion geraten, nachdem die Schwedische Gesundheitsbehörde über hohe Acrylamidfunde in frittierten, gebratenen, gerösteten und gebackenen Produkten berichtet und ein daraus möglicherweise resultierendes relevantes Krebsrisiko für den Menschen diskutiert hatte. Acrylamid löst im Tierversuch Krebs aus und schädigt das Erbgut. Internationale Gremien halten es für wahrscheinlich, dass diese Wirkung auch beim Menschen auftritt. In einer Studie an Arbeitern, die über eine längere Zeit gegenüber Acrylamid exponiert waren, konnte kein kausaler Zusammenhang zwischen der Acrylamidbelastung und Krebserkrankungen nachgewiesen werden. Die Aussagekraft dieser Studien reicht aber aufgrund der niedrigen Probandenzahlen nicht aus, um einen geringen Anstieg der Krebshäufigkeit durch die Belastung mit Acrylamid feststellen zu können.

Vor diesem Hintergrund bat das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) das BgVV bereits im Mai, zu einem ersten Expertengespräch einzuladen, das den Auftakt für umfangreiche Arbeiten im Bereich der Analytik und Toxikologie bildete.

Zwischenzeitlich hat das BgVV zusammen mit Untersuchungseinrichtungen der Bundesländer und privaten Labors Analysemethoden entwickelt, die eine sichere Bestimmung der Acrylamid-Gehalte ermöglichen. Ein Qualitätssicherungstest, in dem die Leistungsfähigkeit der Labors derzeit "geeicht" wird, hat gute erste Resultate gebracht und zeigt, dass eine Reihe angewandter Methoden verlässliche Ergebnisse bringen. Der Proficiency-Test wird im September abgeschlossen sein. Es ist zu erwarten, dass dann ausreichend analytische Kapazitäten zur Verfügung stehen, um repräsentative Untersuchungen für den deutschen Markt durchzuführen.

Viele offene Fragen gibt es dagegen noch immer im Hinblick auf die Entstehung von Acrylamid. Der Stoff entsteht bei der Herstellung von stärkehaltigen Lebensmitteln. Auch das Vorhandensein eines stickstoffhaltigen Reaktionspartners muss gewährleistet sein.

Temperatur, Erhitzungsdauer, Trockenheitsgrad, die Zusammensetzung der Inhaltsstoffe und bei Kartoffeln auch Sorte und Lagerbedingungen scheinen dabei neben möglichen weiteren Faktoren eine Rolle zu spielen.

Es wurde beobachtet, dass vor allem in Produkten, bei denen durch die Temperaturbelastung der Wassergehalt weitestgehend reduziert worden ist, besonders hohe Acrylamidgehalte entstehen können. Sobald der Einfluss dieser Faktoren abgesichert ist, können hieraus technologische Änderungen der Herstellungsprozesse industriell gefertigter Produkte abgeleitet werden. Die endgültige Lösung des Acrylamidproblems im industriellen Bereich wird zwar noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Aber schon heute gibt es erste erfolgversprechende Ansätze, um die Gehalte in Lebensmitteln allmählich zu senken. Ein besonderes Problem im Hinblick auf die Bildung von Acrylamid stellt der private Haushalt dar. Auch hier kann die risikoreiche Substanz beim Frittieren, Braten, Rösten oder Backen in kritischen Mengen entstehen. Die Bedeutung einzelner Entstehungsfaktoren muss vorrangig abgeklärt werden, um dem Verbraucher die Möglichkeit an die Hand zu geben, in der eigenen Küche hohe Acrylamidgehalte zu vermeiden. Gleiches gilt für Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung.

Die Daten zur Belastung von Lebensmitteln des deutschen Marktes mit Acrylamid, die die Bundesanstalt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vorstellte, unterstreichen, dass Pommes Frites und Chips zu den am höchsten belasteten Produktgruppen gehören. Acrylamid wurde (zum Teil in deutlich niedrigeren Mengen) aber auch in vorgerösteten Frühstückscerealien, Gebäck und anderen Knabberartikeln sowie weiteren stärkehaltigen und unter hohen Temperaturen hergestellten Lebensmitteln nachgewiesen. Die Werte schwanken zum Teil erheblich zwischen den Chargen und zwischen Produkten verschiedener Hersteller. Untersuchungen von Obst, Gemüse und Fleisch verliefen bisher negativ. Um die Acrylamidgehalte sukzessive zu senken, hat das BVL gemeinsam mit den Bundesländern eine Minimierungsstrategie auf der Basis sogenannter "Signalwerte" vereinbart.

Bessere Informationen für die Bürger forderten die Verbraucherschützer. "Der Verbraucher", so die Vertreterin des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Michel-Drees, könne nicht warten, bis das Acrylamid-Problem gelöst sei. Er habe schon heute einen Anspruch auf umfassende Information. Michel-Drees appellierte an die Hersteller, ihrer diesbezüglichen Verantwortung stärker als bisher nachzukommen und die Belastung der Lebensmittel mit Acrylamid für den Verbraucher transparent zu gestalten.

Einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung verfassen wir für die Homepage des Instituts (Menupunkt Veranstaltungen). Dort kann auch ein Großteil der Präsentationen sowie die vorgestellten Daten aus Deutschland eingesehen werden.

=====

**UBA, Umweltbundesamt** Presse-Information Berlin, den 28.08.2002

### **Wieviel zahlen die Kommunen fuer den Verkehr ?**

Arbeitsblaetter und Leitfaden ermoeeglichen Kostenberechnung

Verkehr verursacht Kosten, nicht nur fuer den Straßenbau. Aber: wie viel eine Gemeinde insgesamt fuer den Verkehr ausgibt, ist aus dem kommunalen Haushalt nicht ohne weiteres ersichtlich. Ein Teil der Ausgaben, der fuer den Verkehr anfaellt, wird nicht im Verkehrshaushalt erfasst, sondern "versteckt" sich in anderen Haushaltstiteln, zu denen beispielsweise Ausgaben fuer die Abwasserbeseitigung, Gruenflaechen oder Schulen gehoeren. Das Umweltbundesamt (UBA) stellt zwei Instrumente vor, mit deren Hilfe solche versteckten Ausgaben sichtbar gemacht werden. Eines zielt auf den Autoverkehr, das andere auf die gesamten Einnahmen und Ausgaben im Verkehr.

Zur Erfassung des Autoverkehrs hat die internationale Umweltagentur der Gemeinden (International Council for Local Environmental Initiatives, ICLEI), mit Unterstuetzung des Umweltbundesamts die Ausgaben der Staedte Bremen, Dresden und Stuttgart fuer den motorisierten Individualverkehr untersucht. Pro Einwohner geben diese Gemeinden jaehrlich zwischen 110 und 145 Euro fuer den Autoverkehr aus. Einnahmen sind bereits einbezogen. Wird dieses Ergebnis auf die Gesamtzahl der Bundesbuerger hochgerechnet, ergibt sich eine Summe von 10,5 Milliarden Euro, mit der die Kommunen den Autoverkehr subventionieren. Die Ausgaben der Laender und die des Bundes sind hierbei nicht mitberuecksichtigt. Damit auch andere Gemeinden ihre Ausgaben fuer den Autoverkehr berechnen koennen, hat ICLEI uebersichtliche Arbeitsblaetter zur Auswertung des Haushaltsplans erstellt. Auch interessierte Buergerinnen und Buerger sowie Organisationen koennen sich mit dieser Hilfe zurechtfinden.

Einen Ueberblick ueber die gesamten Verkehrsausgaben und Einnahmen, zu denen sowohl die des Autoverkehrs, als auch die der oeffentlichen Verkehrsmittel, Fußgaenger, Fahrradfahrer und die des Gueterverkehrs zaehlen, koennen sich die Kommunen mit Hilfe eines zweiten Instruments verschaffen. Es handelt sich um das computergestuetzte Verfahren Least Cost Transportation Planning (LCTP). Es wurde von der IVU Traffic Technologis AG im Auftrag des UBA entwickelt und in Goettingen, Goerlitz, Hannover und Heidelberg erprobt. LCTP bietet nicht nur eine Jahresuebersicht der Verkehrsausgaben im Haushaltsplan. Es koennen auch Kosten und Umweltwirkungen von Planungsvarianten bewertet werden. Darueber hinaus kann geprueft werden, ob die fuer die Unterhaltung der Verkehrsanlagen eingesetzten Mittel ausreichen.

Ein Leitfaden zur Anwendung von LCTP in den Kommunen sowie ein Tabellensatz im Excel-Format sind unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> im Internet verfuegbar. Dieser Leitfaden ist als Arbeitshilfe fuer die Anwendung in Finanz- oder Verkehrsaeamtern der Kommunen und in Planungsbueros konzipiert.

Die Arbeitsblaetter der ICLEI koennen unter der Adresse [http://www.iclei.org/europe/ccp/subsidies\\_german.htm](http://www.iclei.org/europe/ccp/subsidies_german.htm) aus dem Internet heruntergeladen oder kostenlos beim ICLEI-Europasekretariat, Eschholzstraße 86, 79115 Freiburg, E-mail: [iclei-europe@iclei-europe.org](mailto:iclei-europe@iclei-europe.org) angefordert werden.

Der Forschungsbericht: „Moeglichkeiten der Umweltentlastung und Kostenreduzierung im Verkehr durch Verkehrsplanung“ mit aktualisiertem Leitfaden ist in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamts als Nr. 23/02 erschienen. Er kostet 10 Euro und kann gegen Einsendung eines Verrechnungsschecks an die Firma Werbung und Vertrieb, Ahornstraße 1-2, 10787 Berlin, bestellt werden. Bitte bei der Bestellung TEXTE 23/02 und Absender angeben.

----

UBA, Umweltbundesamt Presse-Information 33/02, Berlin, den 19.09.2002

### **Neu und umfassend: Daten und Fakten rund um die Luftqualitaet in Deutschland – jetzt im Internet**

Unter „<http://www.umweltbundesamt.de/luft>“ informiert das Umweltbundesamt ueber Emissionen und die Belastung der Luft mit Schadstoffen

Das Umweltbundesamt (UBA) hat Daten und Fakten rund um die Themen Luftqualitaet und Freisetzung von Luftschadstoffen (Emissionen) unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/luft> im Internet veroeffentlicht. Das Informationsangebot wird zukuenftig staendig erweitert und regelmaeßig aktualisiert, zum Beispiel mit Hinweisen ueber Forschungsaktivitaeten und zum Stand der Technik.

Messstationen von Bund und Laendern im gesamten Bundesgebiet messen kontinuierlich die in die Luft ausgestoßenen Schadstoffe. Diese Messergebnisse bietet das UBA stundenaktuell und deutschlandweit unter der Rubrik „Aktuelle Immissionsdaten“ an. Hier werden auch Karten der Einstundenmittelwerte der Ozon-, Schwefeldioxid- und Stoffdioxidbelastung und der Achtstundenmittelwerte der Kohlenmonoxidbelastung sowie die Auswertungen fuer den jeweiligen Vortag, hier dann auch fuer die Partikelbelastung der Luft, auf dem neuesten Stand veroeffentlicht. Zusaetzlich sind Informationen zu Grenz- und Schwellenwerten bereitgestellt.

Unter „Vorschriften“ sind Fundstellennachweise zu ausgewaehlten luftqualitaetsbezogenen und emissionsrelevanten Vorschriften sowie zahlreiche Volltexte zu nationalen und europaeischen Vorschriften und zu internationalen Abkommen zusammengetragen.

Im Bereich „Emissionen“ sind Daten und wichtige Hintergrundinformationen zur aktuellen Schadstoffbelastungssituation in Deutschland erfasst. Es erfolgt eine umfassende Information ueber Berichtspflichten, denen Deutschland aufgrund internationaler Vereinbarungen nachkommt, wie zum Beispiel der Klimarahmenkonvention oder der Genfer Luftreinhaltekonvention. Diese Daten und Berichte koennen heruntergeladen werden.

Ergaenzt wird das Angebot durch eine Uebersicht ueber Aktivitaeten im Bereich der „Forschungsvorhaben“. Dazu zaehlen Veroeffentlichungen abgeschlossener Studien sowie Zusammenfassungen und Kurzbeschreibungen aktueller Projekte.

Eine Uebersicht der zugelassenen Messstellen fuer Emissions- und Immissionsmessungen von Luftverunreinigungen ist unter „Verfahrensvorschriften“ zu finden. Die Hauptrubriken „Veranstaltungen“ und „Service“ informieren umfassend ueber Veranstaltungen, Praktika und vieles mehr.

Konzept, Design, Navigationsstruktur und Redaktion des Internetangebotes sind darauf ausgerichtet, direkte Kontakte zu vermitteln und einen schnellen Zugriff auf Fachinformationen zu ermoeglichen.

Kommentar Scherrmann: Ich finde, dieses Angebot ist laengst ueberfaellig. Aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. Bezeichnenderweise habe ich kaum Eintraege zu Innenraumschadstoffen gefunden.

=====

Ende des newsletter/d/31

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: ( + 49 ) 7352 940529

email: [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) , [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org),

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt